

Präsident Obamas Plan für saubere Energie, Aufwind für Abtreibungsgegner und die Debatte über die Großwildjagd

Zusammenfassung der U.S.-Berichterstattung vom 2. bis zum 7. August 2015

(as) Im Fokus der U.S.-Medien standen in dieser Woche Präsident Obamas Pläne zur Verschärfung des Klimaschutzes, die Kontroverse um die Organisation Planned Parenthood, sowie die durch den Tod des Löwen Cecil ausgelöste Debatte über den Nutzen und Schaden der Großwildjagd in Afrika.

Mit seinem „Clean Power Plan“ möchte Barack Obama gegen Ende seiner Amtszeit noch einmal ein großes Projekt in Angriff nehmen, nämlich den Klimaschutz. Sein neues Konzept schadet vor allem den Kohlekraftwerken, und es formiert sich bereits großer Widerstand seitens der Kraftwerksbetreiber. Die *Washington Post* heißt Obamas Konzept in erster Linie gut, betont aber auch, dass es sich hierbei nur um den „zweitbesten Plan für Umwelt und Wirtschaft“ handelt, da das Konzept nur auf den Sektor der Energieerzeugung abzielt. Auch in der *LA Times* wird die mangelnde Reichweite des Klimaschutzplans kritisiert. Der Ansatz, den Kohlenstoffausstoß bis zum Jahr 2030 um ein Drittel zu reduzieren, indem verstärkt auf Solar- und Windenergie gesetzt wird, sei zwar gut, aber reiche nicht aus. Das Manko sei, dass „den Bundesstaaten auch weiterhin die Verbrennung von Erdgas gestattet ist, einem weiteren fossilen Brennstoff“. Die *New York Times* reiht sich in das überwiegend positive Echo ein und nennt den Plan „hart aber durchführbar“. Auch wenn die Gegner aus der Wirtschaft und der Energiebranche argumentieren, dass der „Clean Power Plan“ vielen Menschen den Arbeitsplatz kosten wird und dadurch die Energiepreise erheblich steigen, so sei laut *New York Times* „nichts an dem Plan radikal“, weil erneuerbare Energien sowieso schon seit längerem auf dem Vormarsch seien.

Nachdem eine Anti-Abtreibungs-Gruppe heimlich gefilmte Videos veröffentlicht hat, die

Funktionäre der Organisation Planned Parenthood dabei zeigen sollen, wie sie über den Verkauf von Gewebe und Körperteilen abgetriebener Embryonen verhandeln, formiert sich bei den Abtreibungsgegnern heftiger Widerstand. Die *Washington Post* plädiert dafür, die „Vendetta gegen Planned Parenthood“ zu beenden, da die Videoaufnahmen im Grunde genommen nichts Illegales beinhalten und auch nur zwei Ärzte gezeigt werden. Außerdem sei alles mit dem Einverständnis der betroffenen Frauen geschehen. Durch starke Bearbeitung sei die Wahrheit in den Videos ziemlich verzerrt um „die Abtreibung und deren Unterstützer zu verteufeln“. Auch die *New York Times* kritisiert die Darstellungen in den Videos, da sie die „Stereotypen des geldgierigen Babymörders“ aufkommen lassen. Die Zeitung stellt sich klar auf die Seite von Planned Parenthood und betont, dass man es den „Anti-Abtreibungs-Extremisten“ nicht so leicht machen dürfe, wenn sie versuchen, die Organisation mit Schuldzuweisungen und Angstmache in die Ecke zu treiben. Planned Parenthood ist in den USA die wichtigste Anlaufstelle für Frauen, die eine Abtreibung vornehmen möchten, und es sei „gut und richtig, dass Frauen diese Wahl frei treffen dürfen“.

Auch knapp einen Monat nachdem der Löwe Cecil in Simbabwe's Hwange-Nationalpark von einem amerikanischen Zahnarzt getötet wurde, ist die Empörung in der Öffentlichkeit über den Vorfall noch groß. Die Debatte darüber, ob die Großwildjagd dem Tierschutz diene oder einfach nur barbarisches Trophäensammeln sei, wurde dadurch neu entfacht. Die *LA Times* führt an, dass ein Verbot der Jagd wenig Nutzen für den Tierschutz habe. Durch die hohen Gebühren, die die Jäger für das Erlegen eines Tieres zahlen müssen, sei ein kontrolliertes und geregeltes Jagen gewährleistet. Die Einnahmen ermöglichen außerdem mehr Investitionen in Programme für den Erhalt gefährdeter Tierarten. Diese Form der Jagd sei „natürlich nicht mit Wilderei zu verwechseln“. Laut *Washington Post* sei der Tod von Cecil zwar tragisch, stelle aber „nur einen kleinen Teil eines größeren Problems“ dar. Die große Schwierigkeit seien die unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen in den vielen afrikanischen Ländern. Während Länder wie beispielsweise Namibia die Jagd äußerst strikt regeln, verkaufen andere Länder „lasche Jagdgenehmigungen“ und haben keinen Überblick über die Situation. Der *Boston Globe* kritisiert den Verkauf dieser Jagdlizenzen aber erwähnt auch, dass dies eine der wenigen sicheren Einnahmequellen für einige „klamme afrikanischen Nationen“ sei. Dennoch sollte der Import dieser Jagdtrophäen von der U.S.-Regierung verboten werden, denn wenn so ein Verbot „auch nur einen wohlhabenden Jäger dazu bewegt, sich das Töten zweimal zu überlegen, so ist es die Mühe schon wert“.

Quellen:

www.latimes.com

www.nytimes.com

www.washingtonpost.com

www.bostonglobe.com